

ANTRAG

Prüfauftrag zum Investitionspaket der Bundesregierung „Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“

Die Stadtverordnetenversammlung Königs Wusterhausen möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang für die Stadt Königs Wusterhausen die Möglichkeit besteht am Investitionspaket der Bundesregierung „Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ im Rahmen der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt“ teilzuhaben.

Dafür sind die entsprechenden Fördervoraussetzungen zu klären. Das Ergebnis ist den zuständigen Fachausschüssen mitzuteilen. Bei einer Fördermöglichkeit sind seitens der Stadtverwaltung die nötigen Schritte einzuleiten.

Begründung:

Aus der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMBU) vom 31.08.2016:

„Die Bundesregierung stockt die Fördermittel für benachteiligte Stadtviertel und soziale Brennpunkte deutlich auf, erweitert eigene Unterstützungsprogramme und passt sie besser auf die Bedürfnisse dieser Viertel an. Dazu beschloss das Bundeskabinett auf Vorschlag von Bundesbauministerin Barbara Hendricks heute die ressortübergreifende Strategie zur sozialen Stadt "Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier". Zwischen 2017 und 2020 fließen an die Kommunen zusätzlich 1,2 Milliarden Euro, um damit dringende Baumaßnahmen zum Beispiel in Schulen, Kitas oder Stadtteilzentren zu finanzieren und soziale Projekte besser zu unterstützen. Außerdem wird die Verbraucherberatung in den Stadtteilen mit niedrigeren Einkommen gestärkt.

Die Details zu den Fördermitteln des Bundes: Die Bundesregierung wird die soziale Stadtentwicklung in den kommenden vier Jahren entsprechend des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2017 zusätzlich mit 300 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesbauministeriums (BMUB) unterstützen. Davon stehen jährlich 200 Millionen für einen neuen Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier" zur Verfügung, mit dem die Kommunen unter anderem Kitas, Schulen und Stadtteilzentren in Quartieren mit besonderen sozialen Integrationsanforderungen zu "Orten der Integration" umbauen können. Weitere 10 Millionen fließen in bundeseigene Projekte und Programme zur Umsetzung der ressortübergreifenden Strategie. Der Stadtumbau wird zusätzlich mit 50 Millionen gefördert. Davon profitieren insbesondere auch ländliche Regionen. Das Programm "Soziale Stadt" wird ab 2017 jährlich um weitere 40 Millionen aufgestockt.“

(<http://m.bmub.bund.de/presse/pressemitteilungen/pm/artikel/zusaetzlicher-investitionspakt-fuer-problemstadtteile/#>)

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für die Wohngebiete nördlich und südlich der Luckenwalder Straße (sogenanntes „Neubaugebiet“) wird an der Umsetzung dessen gearbeitet. Um die Handlungsempfehlungen dann auch entsprechend zeitnah umsetzen zu können, besteht ein hoher finanzieller Bedarf. Insofern ist zu prüfen, ob dafür Fördermöglichkeiten im Rahmen des oben beschriebenen Investitionspaketes existieren. Aus Sicht der SPD-Fraktion wäre eine Förderung für den Neubau der Integrationskita „Spielspaß“ oder die Schaffung eines längst überfälligen Stadtteilzentrums/Bürgertreffs/Jugendfreizeitentrums im nördlichen Teil des Wohngebietes möglich.

In diesem Sinne wird die Stadtverwaltung beauftragt, die Fördervoraussetzungen fachlich zu prüfen und bei einer Fördermöglichkeit die folgenden Schritte einzuleiten.

Das gesamte Strategiepapier ist hier zu finden:

http://m.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Staedtebaufoerderung/soziale_stadt_strategie_bf.pdf.

Beratungsreihenfolge:

Stadtverordnetenversammlung	10.10.2016	Vorberatung / Information
Ausschuss für Soziales, Bildung, Familie, Jugend und Sport	08.11.2016	Vorberatung
Hauptausschuss	21.11.2016	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	05.12.2016	Entscheidung

Königs Wusterhausen, den 10.09.2016



Ludwig Scheetz
Fraktionsvorsitzender